

Unsinn in den Medien – Vom allzu sorglosen Umgang mit Daten: Mittelwerte

Bei der Berechnung der Armutsquoten werden dabei alle Personen gezählt, die in Haushalten leben, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt.

...
Diese Definition sei höchst umstritten, sagt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, zu BILD. Steigende Löhne führten demnach paradoxerweise zu mehr Armut. Armut sei ein ernstzunehmendes Problem und müsse weiter bekämpft werden, auch in Deutschland. Aber: „Einen Höchststand zu vermehren, verzerrt allerdings die Wirklichkeit.“

(gefunden im Artikel „Wer Geld hat, lebt länger“ auf Bild-Online am 02.03.2017: <http://www.bild.de/geld/mein-geld/armut/bericht-arme-menschen-sterben-frueher-50670292.bild.html>)

Kommentar: Es ist so ein Unsinn, zu behaupten, dass „steigende Löhne demnach (also weil die Grenze zur Armutsgefährdung mit 60 Prozent des Medianeinkommens berechnet wird) ... zu mehr Armut (führten)“. (Hinweis: Tatsächlich geht es in dem BILD-Artikel nicht um jene Einkommensgrenzen zur Armut, sondern zur Armutsgefährdung!)

Ein Beispiel: Angenommen, das Medianeinkommen beträgt 1.666,67 €. Das heißt, dass die eine Hälfte der Bevölkerung ein Einkommen von höchstens, die andere von mindestens 1.666,67 € zur Verfügung hat. Die Grenze zur Armutsgefährdung wäre demnach $1.666,67 \cdot 0,6 = 1.000$ €. Würde nun zum Beispiel jede Person eine Einkommenserhöhung um 200 € erfahren, dann wäre die neue Grenze einfach $(1.666,67 + 200) \cdot 0,6 = 1.120$ €, weil die Reihung der Einkommen gleich bleiben würde. Das heißt, dass diejenigen, die zuerst zwischen 920 € und 1.000 € verdient hatten und armutsgefährdet galten, jetzt zwischen 1.120 € und 1.200 € verdienen und nicht mehr armutsgefährdet sind. Der Anstieg aller Einkommen um den gleichen Betrag führt zu weniger berechneter Armutsgefährdung wegen weniger Einkommensungleichheit! Selbst wenn jedes Einkommen verdoppelt werden würde, bliebe nur derselbe Teil der Bevölkerung und nicht ein höherer armutsgefährdet, weil alle Personen, die unter 1.000 € verdient hatten, jetzt unter 2.000 € verdienen würden und das nach wie vor weniger als 60 Prozent des neuen Medianeinkommens von $1.666,67 \cdot 2 = 3.333,34$ € wäre. Die Ungleichheit der Einkommen würde bei allgemeiner Verdopplung gleich bleiben.

Steigende Löhne könnten also zum Beispiel bei gleichbleibender Reihung nur dann zu mehr berechneter Armutsgefährdung führen, wenn die Löhne unterhalb des Medians mit geringeren Prozentzahlen wachsen würden als der Medianlohn. In diesem speziellen Fall würden die Einkommensungleichheit und damit das Ausmaß der berechneten Armutsgefährdung tatsächlich zunehmen.

(Für den Kommentar verantwortlich: Andreas Quatember, IFAS)